

Ukraine und Israel: Eine kritische Analyse der Mediennarrative

Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.

Zain Raza (ZR): Vielen Dank, dass Sie heute eingeschaltet haben, und willkommen zurück zu einer weiteren Folge von Die Quelle. Ich bin Ihr Gastgeber, Zain Raza. Bevor ich mit dem Interview beginne, möchte ich Sie daran erinnern, unseren alternativen Kanälen auf Rumble, Telegram und dem Podcast namens Podbean beizutreten. Wenn Sie unsere Inhalte anschauen, haben Sie sicher mitbekommen, dass Konzerne wie Google, denen YouTube gehört, eine lange Geschichte des Shadow-Bannings und der Zensur von Inhalten unabhängiger Medien wie den unseren haben. Obwohl wir 156.000 Abonnenten auf YouTube haben, sind bisher nur ein paar Tausend zu unseren alternativen Plattformen gewechselt. Sollte es jemals dazu kommen, dass wir mit einem Shadow-Ban belegt und zensiert werden, können wir Sie nicht mehr mit unseren Informationen erreichen, nicht einmal mit einer Ankündigung. Deshalb bitten wir alle unsere Zuschauer vorsorglich, diesen Kanälen beizutreten. Die Links dazu finden Sie in der Beschreibung dieses Videos unten.

Heute spreche ich mit dem unabhängigen Journalisten und Anwalt Dimitri Lascaris. Als Anwalt ist Dimitri auf Sammelklagen, Menschenrechte und internationales Recht spezialisiert. Er ist auch der Gründer des YouTube-Kanals Reason2Resist. Dimitri, willkommen zurück in der Show.

Dimitri Lascaris (DL): Es ist mir immer ein Vergnügen, Zain. Danke, dass ich wieder dabei sein darf.

ZR: Beginnen wir mit den neuesten Entwicklungen im Krieg in der Ukraine. Während des Wahlkampfes war Donald Trump recht optimistisch, was die Beendigung des Krieges in der Ukraine anging, und erklärte sogar, dass er dies innerhalb von 24 Stunden nach seinem Amtsantritt tun würde. Seit seinem Amtsantritt scheint es für seine Regierung jedoch sehr schwierig zu sein, diesen Krieg zu beenden. Die USA gaben diese Woche bekannt, dass die Ukraine und Russland vereinbart hätten, die militärischen Angriffe auf Schiffe im Schwarzen

Meer einzustellen. Der Kreml reagierte jedoch mit der Erklärung, dass diese Vereinbarung erst in Kraft treten würde, wenn die russische Staatsbank wieder an das internationale Zahlungssystem, auch bekannt als SWIFT, angeschlossen sei. Und die europäischen Staats- und Regierungschefs haben deutlich gemacht, dass dies erst geschehen würde, wenn sich Russland vollständig aus der Ukraine zurückzieht. Die USA hatten außerdem angekündigt, dass beide Seiten vereinbart hätten, die gegenseitige Beschließung der Energieinfrastruktur einzustellen. Die Ukraine hat jedoch berichtet, dass Russland weiterhin Drohnenangriffe, einschließlich auf ihre Energieinfrastruktur, durchführt und damit das Abkommen verletzt.

Erst heute kam die Meldung, dass sich der russische Präsident Putin dafür ausspricht, die Ukraine bis zur Abhaltung von Neuwahlen unter die vorübergehende Verwaltung der Vereinten Nationen und anderer Länder zu stellen. Im Wesentlichen stellt er die Legitimität des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj als glaubwürdiger Vertreter des ukrainischen Volkes in Frage. Bevor wir zu Putins Vorschlag kommen, möchte ich zunächst über die Vereinbarung sprechen, die Angriffe im Schwarzen Meer und auf die Energieinfrastruktur zu stoppen. Es scheint, dass die Trump-Regierung einen Schritt-für-Schritt-Ansatz verfolgt, bei dem sie ein Problem nach dem anderen anzugehen versucht, in der Hoffnung, dass sich dies irgendwann auf die größeren Probleme wie die NATO und territoriale Fragen auswirkt und diese löst. Was halten Sie von diesem Schritt-für-Schritt-Ansatz?

DL: Ich denke, dass Trump zwischen Hammer und Amboss steckt, denn um den Krieg innerhalb von 24 Stunden zu beenden, wie er es bei seiner Kandidatur für die US-Präsidentschaftswahlen im vergangenen Jahr wiederholt versprochen hat, müsste er bestimmte Kernforderungen der Russischen Föderation erfüllen, die auf dem Schlachtfeld zweifellos die Oberhand hat. Und das ist es, was die Verhandlungspositionen der Parteien wirklich bestimmt. Eine dieser Kernforderungen ist, dass die Ukraine Russland als Oblast im Südosten der Ukraine plus die Krim anerkennt. Und der Westen muss die russische Souveränität über diese Gebiete akzeptieren. Trump hat absolut keine Anzeichen dafür gegeben, dass er dazu bereit ist. Soweit wir wissen, hat er keinen Plan auf den Tisch gelegt. Wir sind in die privaten Gespräche eingeweiht, aber es scheint, als hätte er keinen Plan vorgelegt, der dieser Forderung gerecht werden würde.

Dann ist da natürlich noch die Frage der NATO. Russland hat unmissverständlich klargestellt, dass die Ukraine nicht Teil der NATO sein kann, aber Selenskyj besteht weiterhin darauf, dass seinem Land entweder der Beitritt zur NATO gestattet wird oder ihm Sicherheitsgarantien gegeben werden, wie er es ausdrückt, was einer NATO-Mitgliedschaft gleichkäme. Es wäre eine Garantie des Militärs der Vereinigten Staaten, dass es die Ukraine verteidigen würde, wenn sie angegriffen würde. Solange er auf diese Kernforderungen nicht eingeht, ist alles andere Augenwischerei. Selbst wenn diese beiden 30-tägigen Waffenruhen, eine im Zusammenhang mit dem Schwarzen Meer und eine im Zusammenhang mit der Energieinfrastruktur, in Kraft treten und eingehalten werden sollten, würde der Krieg mit unverminderter Intensität weitergehen. Wenn man den Berichten unabhängiger Quellen vom Schlachtfeld folgt, hätte man schon vor langer Zeit zu dem Schluss kommen müssen, dass

Russland den Krieg eindeutig gewinnt. Der jüngste Erfolg auf dem Schlachtfeld war die Vertreibung zehntausender ukrainischer Soldaten aus fast ganz Kursk. Die ukrainischen Streitkräfte erlitten bei diesem Vorstoß, einem Debakel epischen Ausmaßes, tragischerweise enorme Verluste an Menschen und Material. Aber dies ist nur der neueste in einer Reihe von Erfolgen auf dem Schlachtfeld. Und solange der Westen nicht einsieht, dass die Ukraine diesen Krieg nicht gewinnen kann, ist das alles nur Fassade, muss ich leider sagen. Und ich denke, das grundlegende Problem ist, dass Trump kein Friedensabkommen will, das als Sieg für Russland bezeichnet werden kann. Er möchte sagen können, dass die NATO gewonnen hat oder dass es zumindest ein Unentschieden war. Aber man kann die Kernforderungen Russlands nicht erfüllen, ohne der ganzen Welt klar zu machen, dass die NATO verloren hat. Das ist das Dilemma, in dem er sich befindet, und ich denke, er rudert nur wild herum.

Ich muss auch sagen – und das ist äußerst wichtig, es muss gesagt werden – dass Wolodymyr Selenskyj ein persönliches Interesse daran hat, den Krieg fortzusetzen. Warum sage ich das? Weil Selenskyj schon früh im Konflikt die Möglichkeit hatte, den Krieg auf eine Weise zu beenden, bei der die Ukraine keine dieser vier Oblasten an die Russische Föderation hätte abtreten müssen. Stattdessen lehnte er auf Drängen der amerikanischen und britischen Regierung das Abkommen ab, das er hätte abschließen können. Was nun passiert ist, ist erstens, dass Hunderttausende ukrainische Männer getötet und verwundet wurden. Die Opfer, die sie seitdem erlitten haben, sind weitaus größer als die Opfer, die sie erlitten hätten, als dieses Friedensabkommen auf dem Tisch lag. Und zweitens werden sie sehr große Teile dieser Oblasten abtreten müssen, wenn nicht sogar alle – 100 % dieser vier Oblasten, um ein Friedensabkommen zu schließen. Wenn Selenskyj also den Forderungen Russlands nachgeben würde, würde er damit praktisch zugeben, dass er einen kolossalen, unverzeihlichen Fehler begangen hat, als er das auf dem Tisch liegende Friedensabkommen ablehnte und auf Boris Johnson hörte. Wenn das ukrainische Volk also einen Ausweg aus dieser schrecklichen Situation finden will, in der es sich befindet, muss es Selenskyj durch jemanden ersetzen, der kein politisches Interesse an der Fortsetzung des Krieges hat. Jemanden, der frei ist, im besten Interesse des ukrainischen Volkes zu handeln, und das bedeutet, dass es Wahlen geben muss.

ZR: In vielen westlichen Medien wird argumentiert, dass Russlands Bedingung für das Schwarzmeerabkommen, es zuerst in das SWIFT-Zahlungssystem zu integrieren, sowie die Vorschläge, die Vereinten Nationen einzubeziehen, nur eine Verzögerungstaktik sind, um Zeit zu gewinnen, da Russland – wie Sie bereits erwähnt haben – nicht nur bei der Rückeroberung von Kursk, sondern auch bei der Eroberung neuen Territoriums in der Ostukraine Erfolge auf dem Schlachtfeld erzielt. Russland ist nicht wirklich daran interessiert, den Krieg zu beenden, sondern will ihn so siegreich wie möglich beenden, egal wie viele Menschenleben dabei verloren gehen, was Putins politische Macht im Inland weiter stärken würde. Es werden beispielsweise Fragen gestellt wie: Warum wurden diese Bedingungen, die Russland gestellt hat, nicht in den ersten Gesprächen geäußert? Was halten Sie von diesen Argumenten?

DL: ch habe versucht, das Ganze mit gesundem Menschenverstand zu betrachten. An der Stelle des russischen Präsidenten würde ich die gleiche Forderung stellen. Ich würde sagen:

„Damit wir die Freiheit der Schifffahrt im Schwarzen Meer zulassen können, muss sie für beide Seiten offen und sinnvoll sein. Ihr habt Sanktionen gegen uns verhängt, die uns effektiv daran hindern, von unseren Agrarexporten zu profitieren. Viele davon werden über das Schwarze Meer transportiert und wir vertrauen euch einfach nicht. Nehmt also zuerst die Sanktionen zurück und dann werden wir die Kampfhandlungen im Schwarzen Meer einstellen.“ Nehmen wir nun an, dass die Russen nach der Aufhebung dieser Sanktionen ihre Verpflichtung, die ukrainische Schifffahrt im Schwarzen Meer nicht anzugreifen, nicht einhalten. Dann wäre es für den Westen ein Leichtes, die Sanktionen wieder in Kraft zu setzen. Es ist ja nicht so, dass dem Westen die Hände gebunden wären. Sie könnten es einfach wieder tun. Wenn ich an seiner Stelle wäre, und angesichts der Tatsache, dass die Vereinigten Staaten sich immer wieder als völlig respektlos gegenüber ihren vertraglichen Verpflichtungen erwiesen haben – sie sind aus dem INF-Vertrag mit Russland ausgetreten, sie sind aus dem Atomabkommen mit dem Iran ausgetreten, obwohl der Iran das Abkommen eingehalten hat, sie haben ihre Verpflichtungen und die Verpflichtungen Israels im Rahmen des Waffenstillstands im Libanon und des Waffenstillstands im Gazastreifen völlig missachtet – wer würde der US-Regierung und ihren Verbündeten zu diesem Zeitpunkt noch vertrauen? Ich jedenfalls nicht. Ich verstehe also, warum Russland dies fordert. Aber letztendlich, Zain, ist das nicht wirklich wichtig. Es handelt sich um geringfügige, belanglose Waffenruhen, die den Verlauf dieses Krieges nicht beeinflussen werden. Wenn man ihn beenden will, muss man aufhören, herumzutrödeln, indem man über kurzfristige Waffenruhen im Zusammenhang mit sehr diskreten Abschnitten des Konflikts spricht, und sich den Kernfragen zuwenden. Und die Trump-Regierung will das offenbar einfach nicht tun.

ZR: Betrachten wir den Ansatz Europas. Etwa 30 Staats- und Regierungschefs trafen sich diese Woche in Paris im Rahmen der sogenannten „Koalition der Willigen“ – einer Initiative, die von Frankreich und Großbritannien angeführt wird und sich auf die militärische Unterstützung der Ukraine konzentriert sowie darauf, wie diese Koalition einbezogen werden könnte, wenn ein Friedensabkommen mit Russland geschlossen wird. Einer der wichtigsten Punkte ist die Rolle, die Europa, insbesondere Frankreich und Großbritannien, bei der Bereitstellung von Sicherheitsgarantien für die Ukraine spielen wird. Sie schlagen vor, Friedenstruppen bereitzustellen, die dazu dienen könnten, künftige russische Aggressionen abzuschrecken. Deutschland ist jedoch unter dem scheidenden Kanzler Olaf Scholz dagegen und zögert angesichts des damit verbundenen Risikos. Russland betrachtet diese Initiative mit großer Skepsis und sieht, dass Europa unter dem Deckmantel einer Friedensmission Pläne für eine militärische Intervention ausheckt, die, wie es sagt, zu einer direkten Konfrontation mit der NATO führen könnte. Was halten Sie von dem europäischen Vorschlag?

DL: Der europäische Vorschlag ist genauso lächerlich wie die Idee, dass die Vereinigten Staaten als Vermittler zwischen der Ukraine und Russland auftreten können. Die Vereinigten Staaten sind eine Konfliktpartei. Die Vereinigten Staaten haben Echtzeit-Informationen über das Schlachtfeld geliefert. Sie haben der Ukraine Waffen im Wert von zig Milliarden Dollar zur Verfügung gestellt. Sie haben Zehntausende ukrainische Soldaten ausgebildet. Sie haben Sanktionen verhängt, die die russische Wirtschaft zerstören sollten. Genau das hat Europa auch getan. Wem wollen wir hier etwas vormachen? Kann man den europäischen

Streitkräften zutrauen, dass sie als Friedenstruppen, als neutrale Vermittler an der Kontaktlinie agieren? Das ist absurd. Es wäre sinnvoll, wenn man Friedenstruppen der Vereinten Nationen aus Ländern entsenden würde, die auf keiner Seite in diesen Konflikt verwickelt waren. Die Europäer halten die Russen aber wohl für verrückt, wenn sie einen solchen Vorschlag akzeptieren. Sie sind in dieser Angelegenheit keine neutralen Parteien. Sie sind nicht in der Lage, als Friedenstruppen zu agieren. Sie sind Kriegsparteien.

Und übrigens, Zain, ich glaube keine Sekunde lang, dass sie ihre Streitkräfte dorthin schicken werden, denn ihre Streitkräfte werden vernichtet werden. Das alles ist nur ein Herumfuchteln. Die Europäer können sich nicht damit abfinden, dass sie diesen Stellvertreterkrieg verloren haben. Sie weigern sich, diese Realität zu akzeptieren. Und das Tragische daran ist, dass die Menschen, die am meisten unter ihrer hartnäckigen Weigerung leiden, die Realität zu akzeptieren, die Ukrainer selbst, genau die Menschen sind, die sie angeblich schützen wollen. Es ist ein so beschämender Moment in der Geschichte und Politik des Westens, dass ich selbst am liebsten meinen griechischen und kanadischen Pass in Stücke reißen und irgendwo im globalen Süden leben möchte. Ich schäme mich so sehr für die Art und Weise, wie sie sich verhalten.

ZR: Betrachten wir das Gesamtbild, nämlich das geopolitische Bild im Kontext Europas. Seit Donald Trumps Amtsantritt gab es eine Reihe von Vorfällen, die einen bedeutenden Wendepunkt in der NATO und ihren langjährigen transatlantischen Beziehungen zu Europa markierten. Zunächst gab es die Rede des US-Vizepräsidenten J.D. Vance, in der er den Angriff Europas auf die Redefreiheit auf der Münchner Sicherheitskonferenz kritisierte. Und dann gab es einen hitzigen Austausch zwischen dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj und Donald Trump im Oval Office. Seitdem haben die Staats- und Regierungschefs Westeuropas die Entwicklung einer neuen Sicherheitsarchitektur und die Wiederbewaffnung Europas gefordert. So hat EU-Kommissarin Ursula von der Leyen unter dem Namen „ReArm Europe“ einen Plan vorgeschlagen, der rund 800 Milliarden Euro für Militärausgaben mobilisieren könnte. Allerdings sind nicht alle an Bord. Seit dem EU-Gipfel in Brüssel in der vergangenen Woche waren einige kritische Stimmen aus südeuropäischen Ländern wie Italien und Spanien zu hören. So äußerte sich beispielsweise der spanische Ministerpräsident Pedro Sánchez wie folgt: „Ich mag den Begriff Wiederbewaffnung nicht. Meiner Meinung nach stellt die Europäische Union ein politisches Soft-Power-Projekt dar.“

Darüber hinaus versuchte Kaja Kallas, die Leiterin der Außenpolitik der Europäischen Union, zunächst, 40 Milliarden Euro Militärhilfe für die Ukraine zu mobilisieren. Aufgrund geopolitischer Differenzen mit Ländern wie Italien, Frankreich und Ungarn konnte sie jedoch nur 3,5 Milliarden Euro aufbringen. Die Aufrüstung der EU wurde mit dem Argument gerechtfertigt, dass Europa einer existenziellen Bedrohung ausgesetzt ist, wie es sie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr gegeben hat, nämlich dass Russland nach der Ukraine schließlich auch in Polen und den baltischen Staaten einmarschieren wird, um sein ehemaliges Imperium wiederherzustellen. Wie beurteilen Sie diese geopolitische Wende und die neue Position, in der sich Europa jetzt befindet?

DL: Ich denke, dass Europa krampfhaft versucht, die imperiale Größe zu bewahren, die es in den letzten 500 Jahren hatte. Ich denke, darum geht es. Sie können in den Machtzentren in Paris, London und Berlin einfach nicht akzeptieren, dass Europa heute in geopolitischer Hinsicht unbedeutend ist. Und wissen Sie, ich glaube, der einzige Mensch, der auch nur im Entferntesten vernünftig argumentiert, ist der spanische Staatschef, den Sie gerade zitiert haben und der davon sprach, dass Europa die Rolle der Soft Power einnehmen müsse. Das ist die Zukunft Europas. Ich kann unseren Mitbürgern in der EU gegenüber nicht oft genug betonen, was auf uns zukommt, wenn wir so weitermachen. Die Aufrüstung wird durch Defizitfinanzierung und Schulden finanziert. Irgendwann müssen diese Schulden zurückgezahlt werden. Die deutsche Regierung hat den Menschen in der EU seit der Gründung der Währungsunion immer wieder eindringlich erklärt, dass man eines Tages die Zeche zahlen muss. Deshalb haben sie die Anhäufung von Defizitausgaben und Schulden in der Europäischen Union so stark gebremst, was verheerende Auswirkungen auf die Länder des Südens, zum Beispiel Griechenland, hatte und zur Auferlegung von Sparmaßnahmen führte.

Aber am Ende des Tages wird dies durch Schulden bezahlt werden. Und man kann absolut sicher sein, dass eines Tages die europäischen Staats- und Regierungschefs – vielleicht nicht diese, sondern ihre Nachfolger – sich an die Völker Europas wenden und sagen werden: Wir müssen jetzt bei den Sozialausgaben sparen, um diese Schulden zu bezahlen. Wenn wir das nicht tun, werden wir eine Finanzkrise erleben. Wir werden eine Hyperinflation haben. Wir werden den Zusammenbruch des Finanzsystems erleiden. Wir müssen die Sozialausgaben unbedingt drastisch kürzen. Meiner Meinung nach findet hier ein Klassenkampf statt. Die europäischen Eliten nutzen Militärausgaben, um einen Klassenkampf gegen die Arbeiter Europas zu führen. Früher oder später wird die Rechnung präsentiert und die Menschen, die unter diesen gigantischen Militärausgaben leiden werden, sind die Arbeiterklasse und die Armen Europas.

ZR: In Deutschland herrscht große Angst, dass Putin nach der Ukraine noch weiter vordringen könnte. Dabei werden in der Regel Aussagen angeführt, die er in der Vergangenheit gemacht hat. So äußerte sich Wladimir Putin im Jahr 2005 in einem Interview mit der russischen Nachrichtenagentur RIA Novosti wie folgt: „Der Zusammenbruch der Sowjetunion war die größte geopolitische Katastrophe des Jahrhunderts“, Zitat Ende. In den letzten 20 Jahren hat er in Interviews und öffentlichen Reden wiederholt dieselbe Meinung geäußert und den Zusammenbruch der Sowjetunion nicht nur als politisches Scheitern, sondern auch als emotionale und soziale Tragödie für die Menschen, insbesondere in Russland, bezeichnet, da sie ohne eine zentrale Autorität zurückgelassen wurden, was zu Instabilität führte. Wäre es vor diesem Hintergrund nicht naheliegend anzunehmen, dass Putin versucht, einen Anschein der Sowjetunion wiederherzustellen, wenn auch nur in begrenztem Umfang?

DL: Die Aussage, die Sie gerade zitiert haben und die so oft als Argument dafür herangezogen wird, dass Putin das Sowjetimperium wiederherstellen will, ist nur die Hälfte dessen, was er gesagt hat. Er hat noch etwas weiter ausgeführt, ich zitiere nicht wörtlich, aber

Sie können es gerne überprüfen. Der wesentliche Inhalt trifft zu: Wer den Zusammenbruch der Sowjetunion nicht bedauert, hat kein Herz, aber wer die Sowjetunion wieder aufbauen will, hat keinen Verstand. Das hat er gesagt. Er hat also ganz klar zum Ausdruck gebracht, dass der Versuch, die Sowjetunion wiederherzustellen, katastrophal wäre. Und als er seine Trauer über den Niedergang der Sowjetunion zum Ausdruck brachte, ging es ihm, wenn man sich den Kontext seiner Worte ansieht, meiner Meinung nach in Wirklichkeit um die Tatsache, dass Abermillionen russischsprachiger Menschen in Ländern wie der Ukraine, Polen und den baltischen Staaten strandeten, wo sie nicht mehr willkommen waren, was daran lag, dass die Sowjetregierungen sie durch Regierungen ersetzten, die den Russen feindlich gesinnt waren. Und das ist ein Drama, das sich seitdem abspielt. Er sprach nicht vom Wiederaufbau der Sowjetunion. Er sprach von der Notlage der russischsprachigen Menschen, die nun in diesen Ländern gestrandet waren und mit feindseligen Eliten konfrontiert wurden. Und genau das ist in der Ukraine passiert. Einer der Hauptgründe für den Ukraine-Krieg ist, dass es dort russischsprachige Menschen gab, die nach einem von der EU und den Vereinigten Staaten 2014 inszenierten Putsch plötzlich unter der Kontrolle einer Regierung standen, die den russischsprachigen Menschen äußerst feindlich gesinnt war. Und die Minsker Abkommen sollten dieser Realität auf eine Weise begegnen, die es nicht erforderlich gemacht hätte, die Ukraine zu zerstückeln. Und der Westen hat seine Verpflichtungen aus diesen Abkommen nicht erfüllt, ebenso wenig wie Wolodymyr Selenskyj.

Und das Letzte, was ich dazu sagen möchte: Dieses ganze Argument, dass Russland beabsichtige, NATO-Länder anzugreifen, sobald der Krieg in der Ukraine vorbei ist, steht in völligem Widerspruch zu dem, was die EU und die Regierungen der Vereinigten Staaten und Kanadas über die Notwendigkeit eines NATO-Beitritts der Ukraine gesagt haben – ihre Behauptung ist, dass man die Ukraine in die NATO aufnehmen muss, um sie vor einem russischen Angriff zu schützen. Wenn es tatsächlich wahr ist, dass die Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO einen russischen Angriff abschrecken würde, wie können Sie dann im selben Atemzug sagen, dass Russland beabsichtigt, NATO-Länder wie Polen, Deutschland und Frankreich anzugreifen? Das ergibt überhaupt keinen Sinn. Und schauen Sie sich nur an, was seit mehr als drei Jahren auf dem Schlachtfeld passiert. Die Russen haben Zehntausende Männer verloren, wahrscheinlich sind zu diesem Zeitpunkt bereits über hunderttausend im Kampf gefallen, nur um die Kontrolle über etwa 20 bis 25 Prozent der Ostukraine und der Krim zu erlangen. Das ist der Preis, den sie zusätzlich zu den wirtschaftlichen Kosten gezahlt haben. Und wir sollen glauben, dass sie so irrational und verrückt sind, dass sie, nachdem sie diese Last auf sich genommen haben, denken, sie könnten Deutschland erobern? Dass sie denken, sie könnten Frankreich erobern? Ich meine, das ist lächerlich. Sowohl der russische Präsident als auch die Mitglieder seines engsten Kreises haben wiederholt öffentlich gesagt, dass es absurd ist und sie nicht gegen die NATO in den Krieg ziehen wollen.

Ich denke also, dass all dies, wie gesagt, nur ein Vorwand ist, um einen Klassenkrieg gegen die arbeitende Bevölkerung Europas zu führen. Und das werden sie erreichen, indem sie die Militärausgaben massiv erhöhen, die Führungskräfte und Aktionäre dieser militärisch-industriellen Unternehmen bereichern und dann die Schulden, die sie zur

Finanzierung der Militärausgaben aufgenommen haben, nutzen, um die Aushöhlung der Sozialprogramme in Europa zu rechtfertigen. Das steht uns bevor. Und die Menschen sollten das jetzt erkennen und auf die Straße gehen und fordern, dass diese außerordentlich hohen Militärausgaben von den europäischen Regierungen nicht weiter verfolgt werden.

ZR: Ich möchte zum Nahen Osten wechseln. Die Spannungen zwischen den Huthis im Jemen, Israel, den Vereinigten Staaten und dem Iran eskalieren. Am 27. März haben israelische Streitkräfte zwei Raketen abgefangen, die von den Huthis aus dem Jemen abgefeuert wurden. Auf der anderen Seite haben die USA am 15. März einen Bombeneinsatz gegen Huthi-Stellungen im Jemen eingeleitet, der in den letzten Wochen intensiviert wurde. In den deutschen Medien wird im Großen und Ganzen berichtet, dass die Huthis eine terroristische Organisation sind, die wahllos auf Handelsschiffe und israelische Bürger schießt. So berichtete beispielsweise die Tagesschau – Deutschlands größter Nachrichtensender zur Hauptsendezeit – zwar über die US-Luftangriffe gegen die Huthis am 16. März, erklärte aber auch, dass die Huthis regelmäßig Handelsschiffe im Roten Meer angreifen und so die Weltwirtschaft stören. Können Sie etwas zur Stichhaltigkeit dieser Darstellung sagen?

DL: Die Huthis haben nur Schiffe angegriffen, die ihrer Meinung nach an Geschäften mit Israel beteiligt sind, das gerade dabei ist, einen Völkermord zu begehen. Dabei würden die Huthis das lieber nicht tun. Sie haben wiederholt gesagt, dass die Angriffe eingestellt werden, wenn Israel die Rechte der Palästinenser in Gaza respektieren würde. Diese jüngste Angriffswelle auf den Jemen wurde durch eine Warnung der Regierung Ansar Allah ausgelöst – wenn Israel die Lieferung humanitärer Hilfsgüter an die Menschen in Gaza nicht wieder aufnimmt, die es ihnen in dreister Verletzung des Völkerrechts und seiner Verpflichtungen als Besatzer vorenthält, sie die Angriffe auf die Schiffe wieder aufnehmen würden, die sich während des Völkermords an der Lieferung von Waffen und anderen Gütern an Israel mitschuldig gemacht haben.

Noch bevor sie die Drohung in die Tat umsetzten, begann Trump, der sogenannte Friedensstifter, das Land erneut zu bombardieren, was die Vereinigten Staaten und ihre Stellvertreter seit über 10 Jahren tun. Dies geschah schon lange vor den Angriffen der Ansar-Allah-Bewegung auf die Schifffahrt im Roten Meer. Sie haben den Jemen gnadenlos bombardiert und Zehntausende Zivilisten, Kinder, Frauen, Menschen mit Behinderung und ältere Menschen getötet und medizinische Einrichtungen angegriffen. Sie haben dies auch über ihren saudischen Stellvertreter und über die Vereinigten Arabischen Emirate getan. Seit über einem Jahrzehnt wird also ein Krieg gegen den Jemen geführt, aus Gründen, die nichts mit Terrorismus zu tun haben. Die wahren Terroristen sind diejenigen, die Gaza, wie Donald Trump es beschrieb, in eine Trümmerlandschaft verwandelt und mehr als 17.000 palästinensische Kinder getötet haben. Das sind Israel und diejenigen, die Israel mit Waffen beliefern. Sie sind diejenigen, die Terrorismus betreiben – nach der klassischen Definition von Terrorismus ist dies die absichtliche gezielte Tötung von Zivilisten aus politischen, ideologischen oder religiösen Gründen. Es ist ganz klar, dass das politische, ideologische und religiöse Ziel der israelischen Führung darin besteht, Palästina ethnisch zu säubern, und sie

zielen auf Zivilisten ab, um dies zu erreichen. Das fällt eindeutig unter die Definition von Terrorismus. Wir sollten den Staat Israel als terroristische Einheit einstufen. Sie begehen Terrorakte, die weit über alles hinausgehen, was den Widerstandsgruppen in der Region vorgeworfen wurde.

ZR: Darüber hinaus kam es kürzlich zu einer erheblichen Sicherheitsverletzung oder besser gesagt zu einem Missgeschick, als hochrangige Beamte der Trump-Administration versehentlich Jeffrey Goldberg, Chefredakteur von The Atlantic, in eine Signal-Messaging-Gruppe aufnahmen, in der sie über sensible Militäroperationen diskutierten, insbesondere über detaillierte Pläne für Luftangriffe gegen die Huthis im Jemen. Besonders interessant waren die Bedenken, die der US-Vizepräsident J. D. Vance in dem Chat äußerte. Ich möchte ihn hier zitieren: „Ich bin mir nicht sicher, ob dem Präsidenten bewusst ist, wie sehr dies im Widerspruch zu seiner aktuellen Botschaft an Europa steht. Es besteht außerdem die Gefahr, dass die Ölpreise mäßig bis stark ansteigen. Ich bin bereit, den Konsens des Teams zu unterstützen und diese Bedenken für mich zu behalten, aber es gibt ein starkes Argument dafür, dies um einen Monat zu verschieben, die Öffentlichkeitsarbeit zu leisten, um zu erklären, warum dies wichtig ist, und die Lage der Wirtschaft zu beobachten usw.“, Zitat Ende. Er führt weiter aus, dass nur 3 % des US-Handels über den Suezkanal abgewickelt werden, während der europäische Handel 40 % ausmacht, und dass er es hasst, Europa wieder einmal aus der Patsche zu helfen. Der Verteidigungsminister Pete Hegseth antwortete mit den Worten: „Ich denke, die Vermittlung wird schwierig werden, egal was passiert. Niemand weiß, wer die Huthis sind, weshalb wir uns auf zwei Dinge konzentrieren müssen: 1) Biden hat versagt und 2) der Iran finanziert sie.“ Zitat Ende. Welche Bedeutung hat dieser Austausch Ihrer Meinung nach?

DL: Einige haben gesagt, dass J. D. Vance sich mit diesem Kommentar als der Erwachsene im Raum erwiesen hat. Nun, er hat sicherlich mehr Zurückhaltung und Besonnenheit gezeigt als alle anderen, die an diesem Gespräch beteiligt waren, insbesondere Mike Waltz und Pete Hegseth, aber selbst J. D. Vans, wenn er tatsächlich prinzipientreu gehandelt hätte, hätte er gesagt, dass Ansar Allah diese Angriffe wieder aufnimmt, weil Israel sich weigert, dem palästinensischen Volk humanitäre Hilfe zu leisten, und dabei ist, einen Völkermord zu begehen. Wir können weiteres Blutvergießen in der Region also nur verhindern, indem wir Israel dazu zwingen – was wir leicht tun können, da wir alle Waffen liefern – den Menschen in Gaza humanitäre Hilfe zukommen zu lassen und die Bombardierung Gazas einzustellen. Es ist traurig, wenn die Person, die im engsten Kreis von Trump am rationalsten ist, nur an die Ölpreise denkt und daran, wie die Öffentlichkeit das Ganze auffassen wird, aber die grundlegenden Menschenrechte des palästinensischen Volkes außer Acht lässt. Die anderen zeigten sich offensichtlich völlig gleichgültig. Die Grundrechte des palästinensischen Volkes interessieren sie nicht im Geringsten.

Aber letztendlich zeigt uns all dies, dass die Annahme, Donald Trump sei ein Friedensstifter, der während seiner zweiten Amtszeit den Friedensnobelpreis gewinnen will, völliger Unsinn ist. Es ist völliger Unsinn. Er eskaliert diese Kriege. Er hat absolut nichts von wirklicher Bedeutung getan, um den Krieg in der Ukraine zu beenden. Wir haben viel darüber gehört,

aber die Kämpfe gehen mit unverminderter Intensität weiter. Es gab keine wirkliche Reduzierung der Feindseligkeiten in der Ukraine, und er eskaliert die Konflikte in Westasien, was meiner Meinung nach letztendlich darauf abzielt, einen Krieg gegen den Iran zu führen. Dies ist ein Sprungbrett, um einen Krieg gegen den Iran zu führen, und das wird der katastrophalste Krieg sein, den Westasien in unseren Leben erlebt hat, und es könnte durchaus der katastrophalste Krieg sein, den die Welt seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu sehen bekommen wird.

ZR: Kommen wir zum Gazastreifen, wo seit Beginn des israelischen Angriffs am 7. Oktober 2023 mehr als 50.000 Zivilisten getötet wurden. Als Trump sein Amt antrat, bestand, auch wenn man anderer Meinung war, eine gewisse Hoffnung, dass der Krieg Israels gegen Gaza enden würde, da er seiner America-First-Weltanschauung widerspricht. So wurde beispielsweise kurz vor seinem Amtsantritt berichtet, dass Trump eine entscheidende Rolle bei der Aushandlung eines Waffenstillstands im Januar gespielt habe, der, wie wir wissen, am 18. März zusammenbrach. Und lassen Sie mich auch einige Fakten nennen, bevor es zum Zusammenbruch kam. Am 2. März verhängte Israel eine Blockade über den Gazastreifen und stoppte damit jegliche humanitäre Hilfe, einschließlich lebenswichtiger Güter, mit dem Ziel, die Hamas unter Druck zu setzen, den Bedingungen für eine Verlängerung des Waffenstillstands zuzustimmen, insbesondere der Freilassung weiterer israelischer Geiseln. Am 18. März brach der Waffenstillstand zusammen und Israel nahm seine Angriffe auf Gaza wieder auf, die Luftangriffe und eine Bodeninvasion umfassten. Bisher wurden etwa 800 Zivilisten getötet, 1.900 verletzt und mehr als 142.000 Menschen vertrieben. Israel nannte zwei Gründe für die Beendigung des Waffenstillstands. Erstens die Weigerung der Hamas, vor Beginn der Verhandlungen zur Beendigung des Krieges weitere Geiseln freizulassen. Und zweitens die Tatsache, dass die Hamas einen neuen Angriff auf Israel vorbereitete, was auch von den USA unterstützt wurde. Diese Gründe werden oft von westlichen Medien angeführt. Wie beurteilen Sie diese beiden Gründe? Sind sie stichhaltig?

DL: Mein Freund, Sie haben eine äußerst wichtige Tatsache ausgelassen, und diese äußerst wichtige Tatsache ist, dass Israel gemäß dem Waffenstillstandsabkommen, das es unterzeichnet hat, am letzten Tag der ersten Phase des Waffenstillstands mit dem Rückzug aus dem Philadelphi-Korridor beginnen sollte, einem schmalen Landstreifen entlang der Grenze zwischen Gaza und Ägypten, und dass es den Abzug seiner Streitkräfte innerhalb von neun Tagen abschließen sollte. Das ist von entscheidender Bedeutung. Zunächst einmal, was das besetzte Land betrifft, und wie der Internationale Gerichtshof im vergangenen Jahr entschieden hat, ist die Besetzung von Gaza und der Westbank illegal. Unabhängig von jeglichen Vereinbarungen, die Israel mit der Hamas getroffen haben könnte, sind sie verpflichtet, sich aus dem Gazastreifen und der Westbank zurückzuziehen und die Besetzung zu beenden, die Kontrolle über ihren Luftraum zu beenden, die Blockade zu beenden und die Kontrolle über die Grenzen zu beenden. Die Palästinenser müssen sich also nicht einmal auf das Waffenstillstandsabkommen berufen, aber sie haben ein Waffenstillstandsabkommen mit den Israelis geschlossen, das sie dazu verpflichtet. Einige Tage vor dem Ende der ersten Phase begannen israelische Beamte, an die Presse zu gehen und zu sagen: Wir werden uns nicht aus dem Philadelphi-Korridor zurückziehen. Nein. Wir wissen, dass wir das Abkommen

unterzeichnet haben. Na und? Das ist uns egal. Wir werden es nicht tun. Aber wir werden verlangen, dass die Hamas sich weiterhin an ihren Teil der Abmachung hält und weitere Geiseln freilässt.

Im Grunde hat Israel also unilateral erklärt, dass es die Bedingungen des Abkommens neu schreiben wird, und wenn die Hamas nicht einwilligt, das von ihnen unterzeichnete Abkommen aufzukündigen und neue Bedingungen zu akzeptieren, dann werden sie die Zivilbevölkerung von Gaza aushungern. Genau das ist passiert. Und der Westen hat es zugelassen. Die Trump-Regierung hatte die Aufgabe, dieses Abkommen durchzusetzen. Es wäre leicht gewesen, Israel dazu zu bringen, dieses Abkommen einzuhalten. Es geht hier ausschließlich um die Weigerung Israels, ein klares, eindeutiges Waffenstillstandsabkommen zu respektieren, das es selbst unterzeichnet hat. Und so sind wir an diesen Punkt gekommen. Und es ist ganz klar: Wenn man sich die Kommentare in den israelischen Medien der letzten Monate ansieht, dann hatte Israel nie die Absicht, in die zweite Phase des Waffenstillstands einzutreten. Es wurde weithin berichtet, dass Netanjahu Ben-Gvir und Smotrich versichert hatte, dass es keine zweite Phase geben würde und dass sie nach einer begrenzten Freilassung von Geiseln wieder mit der Bombardierung des Gazastreifens beginnen würden. Sie würden den Völkermord wieder aufnehmen. Das war völlig vorhersehbar. Darum geht es hier.

Und noch einmal: Es ist absolut schändlich, dass die westlichen Regierungen, anstatt ihren Einfluss auf Israel zu nutzen, um es zur Einhaltung seiner Verpflichtungen zu zwingen, nicht nur im Rahmen des Waffenstillstandsabkommens, sondern auch im Rahmen des humanitären Völkerrechts, beschlossen haben, den Krieg gegen das jemenitische Volk zu eskalieren, das in den letzten 10 Jahren so viel gelitten hat. Das ist eine furchtbare, schreckliche Aussage über den völligen Mangel an Prinzipien und Ethik. Und damit komme ich auf das zurück, was ich eingangs über die westlichen Regierungen gesagt habe, als wir über die Ukraine sprachen. Warum sollte irgendeine Regierung dem Westen vertrauen? Diese Leute sind nicht in der Lage, Vereinbarungen einzuhalten. Kein Wunder, dass Wladimir Putin – und nicht nur Wladimir Putin, sondern auch die chinesische Regierung und alle anderen – Jeder in Westasien, der versucht, einen Deal zu machen, auch die iranische Regierung – sie schauen sich die Amerikaner und Europäer an und sagen, man kann euch einfach nicht trauen, dass ihr eure Vereinbarungen einhaltet. Und das ist eine äußerst gefährliche Lage für uns.

ZR: Während der gesamten Phase der Geiselbefreiung und des Waffenstillstands zwischen Israel und der Hamas habe ich die deutschen Medien ziemlich genau verfolgt. Als es um die israelischen Geiseln ging, wählten die Medien meiner Meinung nach einen starken qualitativen Ansatz, und das zu Recht, indem sie die Emotionen und das Leid der Familien der Geiseln usw. betonten. Als es jedoch um die Freilassung von Hunderten von Palästinensern ging, wurden diese als Häftlinge und nicht als Geiseln oder Entführte bezeichnet, obwohl sich unter ihnen Hunderte von Frauen und Kindern befanden. Wir haben keine so starke qualitative Berichterstattung mit Fokus auf ihre Behandlung und das Leid ihrer Familien, ihre Trauer und ihren Schmerz beobachtet. Manchmal wurde nur kurz erwähnt, dass sich unter ihnen Frauen und Kinder befanden, aber der Fokus lag auf den Männern, die laut den Medien verurteilte Terroristen waren. Können Sie diese Diskrepanz in

der Berichterstattung kommentieren und erklären, wer diese palästinensischen Gefangenen wirklich sind?

DL: Die Palästinenser unterliegen dem Militärrecht. Und es ist wichtig zu wissen, dass Siedler, die sich illegal im Westjordanland aufhalten, wie der Internationale Gerichtshof entschieden hat und wie westliche Regierungen selbst seit Jahrzehnten anerkennen, den innerstaatlichen Gesetzen Israels unterliegen, auch wenn sie illegal im Westjordanland leben. Sie haben kein Recht, dort zu sein. Sie verletzen internationales Recht, indem sie dort leben, und sie profitieren von einem Rechtssystem, das relativ robuste Schutzmaßnahmen für ein ordnungsgemäßes Verfahren bietet, während die Palästinenser, die auf ihrem eigenen Land leben und von illegalen israelischen Siedlern enteignet werden, einem System des Militärrechts unterworfen sind. Nach dem Militärrecht Israels kann das israelische Militär jemanden für sechs Monate in sogenannte Verwaltungshaft nehmen, ohne dass es jemals zu einer Verurteilung kommt, und ohne dass sie überhaupt militärisch oder wegen eines Verbrechens angeklagt werden. Und dann können sie die Haft um weitere sechs Monate verlängern und dann noch einmal um weitere sechs Monate. Das Ergebnis ist, dass diese Häftlinge, diese palästinensischen Häftlinge, in diesen Verliesen, die übrigens ausführlich dokumentiert sind, gefoltert werden – Frauen, Kinder und Männer werden gefoltert. Viele dieser Menschen wurden nicht nur nie verurteilt, sie wurden noch nicht einmal wegen einer Straftat angeklagt.

Und diejenigen, die verurteilt wurden, Zain – wir sprechen hier von einem Scheinprozess, bei dem die Verurteilungsrate bei etwa 99,5 Prozent liegt. Das heißt, dass fast niemand vor den Militärgerichten Israels freigesprochen wird. Das ist ein absolut lächerliches Justizsystem. Wenn wir also fair gegenüber dem palästinensischen Volk sein wollen, sollten wir davon ausgehen, dass die Menschen in diesen Gefängnissen unschuldig sind, es sei denn, Israel kann das Gegenteil beweisen, was angesichts der langen und schmutzigen Lügenhistorie des Landes nicht einfach ist. Stattdessen gehen die Medien davon aus, dass sie schuldig sind, nur weil Israel sie ins Gefängnis gesteckt hat. Folglich sind sie Kriminelle, Terroristen, ohne dass die Beweise, die gegen sie vorliegen könnten, auch nur ansatzweise geprüft werden. Und oft, wie gesagt, gibt es keine Beweise. Überhaupt keine. Vielleicht haben sie in den sozialen Medien etwas gepostet, das die Israelis als anstößig empfunden haben, in dem sie das palästinensische Volk zum Widerstand gegen seine Unterdrückung aufriefen. Für so etwas kommt man ins Gefängnis. Ein kleines Kind, das gesehen hat, wie sein Freund von einem israelischen Soldaten erschossen wurde, wirft einen Stein auf ein israelisches Panzerfahrzeug – dafür landet es im Gefängnis, obwohl nie ein nennenswertes Risiko für einen dieser Besatzungssoldaten bestand. Und manche Menschen werden einfach deshalb in Verwaltungshaft genommen, weil sie die palästinensische Flagge schwenken.

Die Berichterstattung über die Freilassung der Gefangenen zeigt, dass die westlichen Medienkonzerne zutiefst rassistisch sind. Anders lässt sich diese unterschiedliche Behandlung nicht erklären. Sie sprechen immer noch jeden Tag über die Bibas-Kinder, diese beiden kleinen Kinder, die auf tragische Weise gestorben sind. Es gibt Hinweise darauf, dass sie durch einen israelischen Bombenangriff getötet wurden, während sie mit ihren Eltern in

Haft waren. Aber die israelischen Medien oder die Regierung und das Militär, die seit langem schamlos lügen, behaupteten, dass sie von den bloßen Händen ihrer Entführer getötet wurden. Dafür gibt es keine Beweise. Es gibt absolut keine Beweise, und es ergibt auch keinen Sinn, denn diese lebenden Kinder wären für die Palästinenser eine viel bessere Möglichkeit gewesen, die Freilassung ihrer eigenen Geiseln aus israelischen Gefängnissen zu erreichen. Sie hatten absolut keinen Grund, sie zu töten, und es gibt keine Beweise dafür, dass sie es getan haben. Aber wenn man sich das Ausmaß der Bombardierung anschaut, der Israel den Gazastreifen ausgesetzt hat, ist es durchaus plausibel, dass diese Kinder auf tragische Weise durch eine israelische Bombe getötet wurden. Und doch reden sie im Westen nur über diese beiden Kinder und sagen nichts, nichts über die unschuldigen Kinder, die weitaus zahlreicher sind und in israelischen Kerkern festgehalten werden, von denen viele einer Art Folter ausgesetzt sind.

ZR: Uns ist bekannt, dass in Gaza über 50.000 Menschen getötet wurden, und einigen Berichten zufolge liegen noch Hunderttausende unter den Trümmern begraben. Wir haben auch gesehen, dass der Internationale Strafgerichtshof Haftbefehle gegen Netanjahu erlassen hat, und die USA haben dies auf vielfältige Weise blockiert und sanktionieren nun das Gericht. Die westlichen Medien berichten über die Ereignisse in Gaza auf ganz andere Weise. Gibt es da noch Hoffnung? Glauben Sie, dass der Westen das Urteil des Internationalen Gerichtshofs, in dem Israel Völkermord vorgeworfen wird, untergraben wird? Glauben Sie, dass die Möglichkeit besteht, dass ein palästinensischer Staat entsteht oder dieser Krieg endet? Welchen Ausblick haben Sie auf die Zukunft?

DL: Das ist sehr schwer vorherzusagen, Zain, aber ich glaube, dass letztendlich – ich habe das schon oft gesagt, und ich versuche, bei meiner Einschätzung dieser Situationen realistisch zu sein, weder übermäßig pessimistisch noch übermäßig optimistisch. Ich bin absolut davon überzeugt, dass ich zu meinen Lebzeiten, wenn ich das Durchschnittsalter eines Mannes im Westen erreiche, die Befreiung des palästinensischen Volkes erleben werde. Daran glaube ich wirklich. Das soll nicht heißen, dass, schrecklicherweise, nicht noch viele Menschen in Palästina sterben werden, bevor dieser Tag kommt. Das scheint zum jetzigen Zeitpunkt unvermeidlich zu sein, so schmerzhaft es auch ist, das zuzugeben. Doch wird es letztendlich Freiheit geben? Erinnern wir uns an die Algerier, etwas, worüber ich Bescheid weiß, da ich algerische Familienmitglieder habe, die ständig darüber reden. Millionen von ihnen wurden von der französischen Kolonialmacht massakriert, bevor sie schließlich die Unabhängigkeit von Frankreich erlangten. Man könnte um die ganze Welt reisen, zum Beispiel nach Indien, in Länder in Afrika – die Menschen, die ihre Unabhängigkeit anstrebten, mussten bis zu ihrer endgültigen Unabhängigkeit furchtbare, unvorstellbare Opfer bringen.

Die Gerechtigkeit wird letztendlich siegen. Und ich denke, der Hauptgrund, warum das passieren wird, ist, dass Israel in den Augen der Welt aufgrund seiner Grausamkeit völlig delegitimiert wurde. Auch innerhalb Israels selbst gibt es Anzeichen für einen Zusammenbruch. Netanjahu hat gerade den ehemaligen Leiter des Schin Bet, der internen Sicherheitsbehörde, Ronen Bar, entlassen. Die Generalstaatsanwältin hat dagegen Einspruch erhoben, aber er hat sie auch gefeuert. Die israelischen Gerichte werden eingeschaltet. Es gibt

massive Proteste auf den Straßen. Wissen Sie, der Aktienmarkt in Israel hat gerade wieder einen Schlag einstecken müssen. Die Menschen weigern sich, zum Militärdienst zu erscheinen. Das Land ist in vielerlei Hinsicht ein Kartenhaus, das meiner Meinung nach eines Tages einstürzen wird. Niemand kann genau sagen, wann dieser Tag kommen wird, aber ich glaube, dass das, was Israel tut, völlig unhaltbar ist.

ZR: Dimitri Lascaris, unabhängiger Journalist und Gründer des YouTube-Kanals Reason2Resist, vielen Dank, dass Sie sich heute Zeit für uns genommen haben.

DL: Es ist mir immer ein Vergnügen, Zain. Danke, dass ich dabei sein durfte.

ZR: Und vielen Dank, dass Sie heute eingeschaltet haben. Wenn Sie unseren Kanal regelmäßig sehen, denken Sie daran zu spenden. Wir sind ein unabhängiges und gemeinnütziges Medienunternehmen. Wir sind keiner politischen Partei oder einem Politiker angeschlossen und nehmen kein Geld von Konzernen oder Regierungen an. Daher sind wir auf Sie, unsere Zuschauer, angewiesen, um unseren kritischen und unabhängigen Journalismus fortzusetzen. Die Links zu allen Spendenplattformen finden Sie in der Beschreibung dieses Videos unten. Ich danke Ihnen für Ihre Unterstützung und dafür, dass Sie eingeschaltet haben. Ich bin Ihr Gastgeber Zain Raza. Bis zum nächsten Mal.

ENDE

Vielen Dank, dass Sie diese Abschrift gelesen haben. Bitte vergessen Sie nicht zu spenden, um unseren unabhängigen und gemeinnützigen Journalismus zu unterstützen:

BANKKONTO:

Kontoinhaber: acTVism München e.V.
Bank: GLS Bank
IBAN: DE89430609678224073600
BIC: GENODEM1GLS

PAYPAL:

E-Mail:
PayPal@acTVism.org

PATREON:

<https://www.patreon.com/acTVism>

BETTERPLACE:

Link: [Klicken Sie hier](#)

Der Verein acTVism Munich e.V. ist ein gemeinnütziger, rechtsfähiger Verein. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke. Spenden aus Deutschland sind steuerlich absetzbar. Falls Sie eine Spendenbescheinigung benötigen, senden Sie uns bitte eine E-Mail an: info@acTVism.org
